

Ein Wort kann die Geschichte verändern

Interview mit Gerald Häfner

von Henning Kullak-Ublick und Wolfgang Weirauch



Gerald Häfner, geb. 1956 in München, Publizist. – Studium der Waldorfpädagogik, Sozialwissenschaften und Philosophie. Initiator und Mitbegründer zahlreicher Initiativen im Bereich von Demokratie, Bürgerrechten und Verfassung (u.a. „IDEE“ [Initiative Demokratie Entwickeln], „Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder“, „Mehr Demokratie“) sowie mehrerer Stiftungen (u.a. „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“, „Petra Kelly-Stiftung“). Mitbegründer der Partei Die Grünen, 1979–1981 deren Landesgeschäftsführer und Pressesprecher, 1990–1994 Landesvorsitzen-

der. Acht Jahre (1987-1990, 1994-1998 und 2001/02) Mitglied des Deutschen Bundestages, dort u.a. Rechtspolitischer Sprecher sowie Obmann im Rechtsausschuß und im Ausschuß Deutsche Einheit. Autor zahlreicher Gesetzentwürfe zu Fragen der Demokratie und Bürgerrechte (zusammengefaßt in „Das große Demokratiepaket“) sowie zu anderen Gebieten. Mitautor mehrerer Verfassungsentwürfe und Beratungstätigkeit als Sachverständiger zu Demokratie- und Verfassungsfragen für die Landtage von Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Schleswig-Holstein sowie für mehrere Parlamente im europäischen und internationalen Ausland. Mitglied im Vorstand der „Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland“ und Sprecher des Bundesvorstandes von „Mehr Demokratie e.V.“. Publizistische, Vortrags- und Lehrtätigkeit zu politischen, rechtlichen und zeitgeschichtlichen Fragen sowie zu anthroposophischen Themen. Ausgezeichnet u.a. mit dem „Silbernen Mikrofon“ (als bester Redner des Deutschen Bundestages, 2002) sowie 2005 mit dem „National Leadership Award“ für seine Initiativen zur Verbesserung des politischen Systems und der Demokratie in Deutschland.

Oft wird Politikern vorgeworfen, lediglich die Meinung einer Partei oder einer Gruppe zu vertreten, nicht aber individuell gestaltend auf die politischen Verhältnisse einzuwirken. Vielfach mag dieser Vorwurf berechtigt sein, aber keineswegs immer.

Nach dem 11.09.01 stand Deutschland vor der Frage, ob es sich am weltweiten Antiterrorkampf beteiligen sollte oder nicht. Die Zeichen standen auf grün – nur bei einigen Grünen nicht. Bundeskanzler Schröder verband die Abstimmung zu dieser Frage mit der Vertrauensfrage, was zur Folge hatte, daß einige MdBs gegen ihre Überzeugung abstimmen mußten, wollten sie die Regierung nicht stürzen. Diese Zwickmühle, gegen die eigene Überzeugung abstimmen zu müssen, belastete das Gewissen einiger Politiker existentiell.

Das individuelle Engagement und politische Geschick Gerald Häfners – damals MdB der Grünen – in diesen politisch heißen Herbsttagen des Jahres 2001 hat eine entscheidende Wende gebracht und zeigt, wie man mit neuen Ideen Bewegung in erstarrte Fronten bringen kann. Lesen Sie in dem folgenden Interview, welche tiefgreifenden Auswirkungen Gerald Häfners Verhandlungsmarathon hatte, besonders im Hinblick auf den damals noch nicht absehbaren Irak-Krieg.

Wolfgang Weirauch: Du gehörtest zehn Jahre dem Deutschen Bundestag an. Kannst Du aus dieser Zeit ein Fazit ziehen, inwieweit es in der gegenwärtigen Politik noch Werte gibt bzw. inwieweit noch Werte angestrebt werden?

Gerald Häfner: Im Grunde geht es ständig um Werte, gleich, ob man sie ausspricht, von anderen einfordert oder nach ihnen handelt. Denn ein wertfreies Handeln gibt es m.E. nicht in der Politik. Die Frage ist natürlich, welche Werte für das Handeln der Menschen eine Rolle spielen. Und ob sie diese ernst nehmen – bzw. ob sie sich bewußt sind, welche Werte im konkreten Falle ihre Entscheidung bestimmen.

Politiker halten einen Zipfel der Welt in der Hand

Mir scheint, daß ein Gutteil des Bösen – wenn man das so pauschal formulieren darf – in unserer Welt daraus resultiert, daß Menschen in den Situationen, in denen sie zu entscheiden haben, nicht wirklich ichhaft entscheiden. Sie machen sich oft nicht klar, daß immer wieder alles davon abhängt, wie sie selbst als Ich entscheiden. Wenn ein Politiker Entscheidungen treffen muß, dann hält er – wenn auch nur in einem bestimmten Bereich – einen Zipfel der Welt in der Hand. Aber ein Bewußtsein für diese Dimension und die daraus resultierende Verantwortung erlebt man nur in wenigen Fällen. Statt dessen erlebt man viel zu oft, daß die Menschen sich gewissermaßen treiben lassen. Dann bestimmen sie nicht, sondern werden bestimmt – häufig von nicht bewußt gemachten Motiven. Das gleiche gilt, wenn sie anderen als den in der Sache liegenden Gesichtspunkten folgen – oder sich ganz bewußt zum Agenten anderer machen, wenn sie handeln, wie etwa Geld-, Arbeit- und Auftraggeber es von ihnen erwarten.

W.W.: Kannst du dafür ein Beispiel nennen?

G. Häfner: Der Abgeordnete steht unter einem hohen Druck. Denn von seinen Entscheidungen hängt vieles ab. Der stärkste Druck kommt von „oben“, von der Fraktionsführung. Der hat noch mal eine wesentlich schärfere Dimension als der ohnehin bestehende immense Konformitätsdruck in jeder Partei. Dazu kommt der Einfluß bestimmter Presseorgane; dann der von Lobbyisten, bezahlten Interessenvertretern. Und dann: selbstgewählte Abhängigkeiten. Wir wissen ja heute, daß zahlreiche Abgeordnete nebenbei auf den Zahllisten einflußreicher Unternehmen stehen. Die erwarten natürlich etwas von ihren Zahlungsempfängern.

Steuern steuern – in die falsche Richtung

Ich will aber ganz bewußt kein Beispiel solch massiver, auch finanzieller Einflußnahme wählen, sondern ein ganz typisches, eines aus dem normalen Alltag; eines, das jeder aus eigener Beobachtung kennen kann, wenn er die Politik in den letzten Jahren nur einigermaßen aufmerksam verfolgt hat. Nehmen wir also das Problem des Steuerrechtes in Deutschland.

Das ist kein nebensächliches Problem, sondern eines der zentralsten überhaupt. Mit den Steuern kann der Staat steuern, und er tut es auch – auch wenn gerade dies immer wieder bestritten wird. Das Steuerrecht hat unmittelbare Auswirkungen auf das Leben und Verhalten der Menschen. Es ist mitentscheidend für die finanzielle Situation der Bürger und der Unternehmen, des Staates, der Länder und Gemeinden, der vielfältigsten kulturellen und sozialen Einrichtungen und damit in einem recht weitgehenden Sinne für den Zustand einer Gesellschaft, für die ökonomische und soziale Lage im Land.

Arbeit wird steuerlich bestraft

Das deutsche Steuerrecht ist in nicht mehr nachvollziehbarer Weise überreguliert. Es kennt so viele Schlupflöcher und Ausnahmetatbestände, daß gerade diejenigen, die dies in höherem Maße sollten, so gut wie keine Steuern zahlen. Jedem, der sich damit beschäftigt, ist klar: Das System ist intransparent, ineffizient und in obszöner Weise unsozial. Mehr noch: Wir belasten nicht nur in sehr vielen Fällen die Falschen, wir belasten das Falsche – was noch schlimmer ist. Wir legen fast alle Steuern direkt oder indirekt auf die menschliche Arbeit. Gleichzeitig wird der Verbrauch, werden Vermögen und Kapitalbesitz in Deutschland fast nicht besteuert. Das belastet die Wirtschaft und die Gesellschaft. Denn so ist die Arbeit beinahe unbezahlbar geworden. Wer irgend kann, schmeißt Menschen raus und ersetzt sie durch Maschinen. Das Sinnvollste, Produktivste, Altruistischste, was ein Mensch tun kann, nämlich seine Arbeitskraft einzusetzen, um für andere etwas zu leisten, wird steuerlich bestraft, dagegen wird, wer von den Leistungen anderer lebt, belohnt bzw. entlastet.

Dieses Problem ist nicht neu. Es besteht seit Jahrzehnten. Und es hat sich über die Jahre noch verschärft. Seit ich einigermaßen politisch denken kann, beklagen das kundige Menschen. Und genauso lange schon

kenne ich Vorschläge, wie man es besser machen könnte. In allen Legislaturperioden, in denen ich dem deutschen Parlament angehörte, hatten wir dort Arbeitsgruppen zu einer grundlegenden Reform des Steuerrechts. Noch jede Bundesregierung in den letzten zwei Jahrzehnten hat sich dieses Projekt auf die Fahne geschrieben. Ziel war jedesmal ein einfacheres, transparenteres und gerechteres Steuerrecht. Doch statt besser wurde es oft noch schlimmer.

W.W.: Warum?

G. Häfner: Weil beim Blick auf die Bäume der Wald vergessen wird. Was immer sie ändern wollen – es gibt immer jemanden, der von den bestehenden Regelungen profitiert und sich gegen jede echte Veränderung wehrt. Weil man aber Angst hat, nennenswerte oder einflußreiche Gruppen als Wähler zu verlieren, gibt man deren Forderungen nach. So bleibt von den Vorschlägen nur noch wenig übrig. Wenn dann aber doch wenigstens ein kleiner Schritt herauskommt, können sie fast sicher sein, daß sich die Opposition dagegen sperrt und das meiste spätestens im Bundesrat scheidet. Denn dort will man der Regierung keinen Erfolg gönnen. Jeder hat gewonnen, seine Interessen durchgesetzt, auf der Strecke blieb dabei nur eines: ein gerechteres Steuersystem. Im erweiterten Sinne: das Gemeinwesen.

Einflüsterungen und Bewußtseinstrübungen

An einem solchen Beispiel sieht man wie in einem Nukleus das gesamte Problem unserer heutigen Zeit. Dieses Phänomen erlebt man in der Politik ständig. Im Moment, in dem entschieden werden muß, lassen sich viele Beteiligte gar nicht davon leiten, was ihrer Überzeugung nach für das Land und die Menschen das Beste wäre. Vielmehr schiebt sich eine andere Schicht in den Vordergrund, die den Blick auf die eigentliche Frage oftmals völlig verdeckt. Und diese Schicht wird von ganz anderen, manchmal sehr egoistischen und kurzsichtigen Gesichtspunkten wie Machterhalt, Parteidenken, rücksichtslosem Egoismus usw. geprägt.

Das gilt natürlich nicht nur für die Politik. Auch im Beruf, im wirtschaftlichen Leben und in anderen Bereichen beobachten wir das gleiche Problem. Wie oft fühlen wir uns gezwungen, wie oft getrieben, wie oft folgen wir unbewußten oder niedrigen Motiven – und wie oft treffen wir bewußt und mutig wirklich ichhafte Entscheidungen? Wenn aber ein Mensch nicht ichhaft entscheidet, mischt sich das Nicht-Ichhafte, das

nicht in vollem Sinn, sondern nur scheinbar menschlicher Natur ist, hinein und flüstert ihm andere Gesichtspunkte ein. Diese partiellen Bewußtseinstrübungen halte ich für die große Gefährdung, die schleichende Katastrophe der gegenwärtigen Politik und der derzeitigen Menschheit überhaupt.

W.W.: Wird das durch die derzeitige politische Ordnung verstärkt?

G. Häfner: Ja. Mit Sicherheit zum Beispiel durch das System der Repräsentation in unserer „repräsentativen Demokratie“. Denn dadurch werden Verantwortlichkeiten verdeckt und wird eine Art Gruppendenken an die Stelle rein individueller Abwägung gesetzt. Im Grunde kann man nicht einen anderen Menschen repräsentieren. Eigentlich kann jeder Mensch nur vollverantwortlich für sich selbst entscheiden. Zum Ausgangspunkt demokratischer Entscheidungen wird das erst, wenn man nicht die Stimmabgabe an eine Person oder Partei, sondern die Sachentscheidung in den Vordergrund stellt.

Entscheidungen aus dem Ich

W.W.: Ist es im heutigen Bundestag überhaupt möglich, Entscheidungen nach eigenem Gewissen zu treffen – gegen den Fraktionszwang –, ohne die eigene Karriere zu gefährden?

G. Häfner: Das kann man. Man redet zwar viel über Fraktionszwang, aber wenn man ganz ehrlich ist, dann gibt es ihn nicht. Jedenfalls nicht im juristischen Sinne. Mehr noch: es darf ihn gar nicht geben! Jeder Abgeordnete ist bei allen Abstimmungen wirklich frei. Doch das ist Theorie. In der Praxis steht der Abgeordnete unter unglaublichem Druck und muß diese Freiheit erst realisieren. Erst durch ihn, durch sein Handeln wird die Idee der Gewissensfreiheit Wirklichkeit – für ihn und über ihn hinaus für das Land, die politische Kultur.

Das Problem ist nur, daß die freie Entscheidung Konsequenzen haben kann. Wenn ich mich anders als meine Partei entscheide, opfere ich damit u.U. mein Mandat oder meine Karriere und damit meine Möglichkeit, in Zukunft mitzuentcheiden. An dieser Stelle sind die Parteien ziemlich gnadenlos, weil sie glauben, daß „Geschlossenheit“ und „Disziplin“ wichtiger wären als die Freiheit des einzelnen oder eine in der Sache richtige Entscheidung. Das gilt selbst für vergleichsweise unwichtige Entscheidungen – auch hier geht „Geschlossenheit“ über alles. Anders ist es nur, wenn – was eigentlich ja ein Hohn ist und auch sehr selten



Albrecht Dürer: Ecce Homo, undatiert, Kunsthalle Karlsruhe

vorkommt – das Abstimmungsverhalten zur individuellen Entscheidung jedes einzelnen freigegeben worden ist.

Der Politiker erlebt im Brennglas die Situation des heutigen Menschen

In den anderen Fällen muß ich meine Freiheit gegen Widerstände erkämpfen und verteidigen. Der Abgeordnete hat da m.E. kein anderes Problem als der moderne Mensch überhaupt. Denn einfach ist die Freiheit nie. Die Freiheit muß sich immer gegen Widerstände realisieren – und sei es die eigene Trägheit. Die Individualität ist ständig gefährdet, geneigt, Erwartungen, Zwängen oder Verlockungen zu folgen, die sie sich selbst entfernen. Beim Politiker haben wir in einem Brennglas die Situation des heutigen Menschen. Nur daß sie hier extrem verschärft auftritt und noch eine zusätzliche Dimension und Brisanz erhält dadurch, daß ich als Politiker eben nicht für mich, sondern – als deren „Repräsentant“ – für Millionen andere Menschen verbindliche Entscheidungen treffe.

Trotzdem ist es auch unter starkem Druck immer möglich, mutig Nein zu sagen. Aber die Sache ist schwierig, und ich will es mir auch mit dieser Antwort keineswegs leicht machen. Es ist eine Mutfrage und eine Erkenntnisfrage, eine Frage, wie ich eine Sache beurteile, und wie groß dabei gewissermaßen der Weltzusammenhang ist, den ich in mein Urteil mit einbeziehe. Schließlich muß ich alle denkbaren Folgen meiner Tat mit einbeziehen, nicht nur die zeitlich ersten und die offensichtlichen. So kann ich auch umgekehrt nicht in jedem Fall mit Gewißheit sagen, daß etwa ein Ausscheren und Neinsagen entsprechend der eigenen Überzeugung das Richtige wäre. Denn ich muß auch die weiteren Konsequenzen meiner Entscheidung im Auge haben. Man redet leicht über diese Dinge. Aber so richtig erlebt man das erst, wenn man mitten darin steht.

W.W.: Kannst Du dafür ein Beispiel geben?

G. Häfner: Ich könnte ein Beispiel geben, an dem man die gesamte Komplexität eines solchen Vorgangs ziemlich genau studieren kann. Daran zeigt sich dann auch: Es gibt keineswegs immer nur zwei Möglichkeiten, also etwa A oder B, Ja oder Nein, Dafür oder Dagegen, sondern manchmal gibt es auch noch eine dritte Möglichkeit, an die man zunächst gar nicht dachte – und auch kein anderer. Da kann es dann gelegentlich erst richtig interessant werden, denn mit dem Dafür- oder Dagegenstimmen sagt man Ja oder Nein zu etwas Vorgegebenem, mit

dem Versuch einer neuen, dritten Position aber kann man die Ausgangslage verändern, etwas ganz Neues ins Spiel bringen.

Das Junktim zwischen Vertrauensfrage und Kriegsbeteiligung

W.W.: Ist es etwas, was Du selbst erlebt hast?

G. Häfner: Ja. Es war die schwierigste Entscheidung in meinen insgesamt zehn Jahren als Abgeordneter, ein tragischer, eigentlich unlösbarer Gewissenskonflikt. Für mich war es die dramatischste Stunde bzw. Zeit in meinem Politikerleben überhaupt. Es war nach dem Terroranschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001, und es ging damals um die Reaktion darauf, um die Beteiligung Deutschlands am von US-Präsident Bush ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“. Konkret stand damals die Entsendung deutscher Soldaten nach Afghanistan zur Abstimmung. Wir haben ja das große Glück, daß Militäreinsätze nur vom Deutschen Bundestag, nicht von der Regierung allein, beschlossen werden können. Es gab eine breite Mehrheit für diese Politik, vereinzelt aber auch heftigen Widerstand

Man muß sich an die Stimmung und das Klima der damaligen Zeit erinnern, denn das hat man heute kaum noch im Gedächtnis: Der Kanzler hatte sogleich und wiederholt von „uneingeschränkter Solidarität“ gesprochen und, im Wettlauf mit dem italienischen, dem polnischen und vor allem dem britischen Regierungschef, den USA mehr versprochen als diese überhaupt gefragt hatten. Die Regierung sah es aus langfristigen strategischen Überlegungen als eine Existenzfrage für Deutschland, daß wir, wie es z.B. in den Fraktionssitzungen vom Kanzler und vom Außenminister formuliert wurde, uns ohne wenn und aber an der Seite unseres stärksten Verbündeten, unserer Schutzmacht, die den Naziterror besiegt, uns befreit und diese Freiheit immer geschützt hatte, an dem angekündigten Kampf gegen den Terrorismus zu beteiligen hätten. Um seine Entschlossenheit zu demonstrieren und alle Widerstände gegen diese weitreichende Entscheidung zu brechen, hatte der Kanzler die Entscheidung über die Beteiligung deutscher Truppen am Einmarsch in Afghanistan mit der Vertrauensfrage verknüpft.

Das war absolut ungewöhnlich, war so noch nie vorgekommen. Laut Artikel 68 des Grundgesetzes kann in parlamentarischen Krisensituationen die Vertrauensfrage gestellt werden, um das Parlament aufzulösen

und den Weg für Neuwahlen freizumachen. Dies geschieht sinnvollerweise dann, wenn eine Regierung gescheitert ist bzw. keine Mehrheit mehr findet. Die Vertrauensfrage wurde in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nur dreimal gestellt, und zwar immer in Situationen, in denen eine Regierung erkennbar oder höchstwahrscheinlich am Ende war.

Hier aber war gerade dies nicht der Fall. Der Kanzler hat die Vertrauensfrage als Machtinstrument entdeckt und benutzt. Es ist das stärkste Erpressungsmittel, das ein Regierungschef hat. Denn durch die Verknüpfung mit der Vertrauensfrage bedeutete ein Nein zur Vorlage der Regierung zugleich ein Ende dieser Regierung, ein Ende des Rot-Grünen Projektes, das ja immer noch ziemlich einzigartig war in der Welt. Damit war klar: die gesamte Opposition, die, wie sie mehrfach erklärte, eigentlich geschlossen für diesen Kriegeinsatz war, würde nun nach kruder politischer Logik dagegen stimmen, schlicht um Rot-Grün in den Abgrund zu stoßen. Umgekehrt hieß das: Alle Rot-Grünen Abgeordneten, unter denen die Gegner des kriegerischen Planes weit zahlreicher waren, mußten für den Militäreinsatz stimmen. Täten sie dies nicht, begingen sie politisch Selbstmord - mit allen absehbaren Folgen für die Politik, das Land und die eigene Existenz.

Erpressung des Parlaments

Damit diese Erpressung gelingen konnte, wählte Schröder eine besonders infame Variante der Vertrauensabstimmung. Normalerweise stimmt man, schon aus Respekt vor dem unterschiedlichen sachlichen Charakter der Fragestellungen und vor der Gewissensentscheidung der Abgeordneten, über die Vertrauensfrage getrennt von etwaigen anderen Sachfragen ab. Schröder aber hat - meines Wissens zum ersten Mal in der deutschen Geschichte - die Vertrauensfrage mit einer Sachfrage gekoppelt. Somit konnte man eigentlich nicht mehr richtig und schon gar nicht mehr frei entscheiden. Denn das waren ja zwei ganz verschiedene Fragen, und man konnte da auch zu ganz verschiedenen Ergebnissen kommen.

W.W.: Wie war Deine persönliche Einstellung?

G. Häfner: Meine persönliche Situation war, daß ich den Kriegeinsatz ablehnen, die Vertrauensfrage aber mit Ja beantworten wollte. Da man aber nur im Paket mit Ja oder Nein abstimmen konnte, mußte, wer so dachte wie ich, notwendig in bezug auf den einen Teil des Junktims falsch abstimmen. Die Frage war, zu welchem Teil man falsch abstimmte.